

## Interpellation

Gemäss Art. 58  
Kantonsratsgesetz

### **Möglichkeiten der Einflussnahme des Kantons bei der vom Bund bzw. VBS geplanten Einquartierung von Asylsuchenden bei der Truppenunterkunft „Kleine Schliere“ in Alpnach.**

Nach der dringlichen Änderung des Asylgesetzes und der damit verbundenen Anwendung von Art 26a, wonach Anlagen und Bauten des Bundes - ohne kantonale oder kommunale Zustimmung/Bewilligungen - zur Unterbringung von Asylsuchenden genutzt werden können, stellt sich die Frage nach der Einflussnahme und Mitwirkung der kommunalen und kantonalen Instanzen bei der Evaluation solcher Bauten, wie sie - gegen den Willen des Gemeinderates und der Bevölkerung - in Alpnach geplant sind.

Seit Mai 2012 ist der Kantonsregierung bekannt, dass die Truppenunterkunft „Kleine Schliere“ vom VBS als mögliche Lokalität für Asylsuchende erachtet wird.

- Hat sich der Regierungsrat zur Absicht des Bundes, im Rahmen der Änderung des Asylgesetzes die demokratischen Rechte der ortsansässigen Bevölkerung bei der Umnutzung von Bundesbauten zu Asylunterkünften ausser Kraft zu setzen, - geäußert? Wenn JA, wie?
- Hat sich der Regierungsrat zur Frage der Eignung dieser Lokalität als Unterkunft für Asylsuchende - inmitten von Quartieren, in Dorf- und Schulnähe - gegenüber den Bundesstellen geäußert und auf die sich zeigende Problematik der Lage der Unterkunft aufmerksam gemacht?
- Hat der Regierungsrat - in Kenntnis der wiederholten Ablehnung einer Asylunterkunft „Kleine Schliere“ durch den Gemeinderat und der Empörung in der betroffenen Bevölkerung - versucht, die zuständigen Stellen des Bundes zu bewegen, von einer Nutzung der Truppenunterkunft „Kleine Schliere“ als Asylunterkunft abzusehen?
- Teilt der Regierungsrat die Meinung der Interpellanten, dass die Umnutzung der Unterkunft „Kleine Schliere“ zu einer Asylunterkunft dem Art. 26a, Abs. 1, AsylG widerspricht, wonach u.a. die Zweckänderung keine erheblichen baulichen Massnahmen erfordern und keine wesentliche Änderung in Bezug auf die Belegung der Anlage oder Baute erfolgen soll?
- Ist der Regierungsrat bereit, bei den Bundesstellen bzw. dem VBS auf eine Wiedererwägung des Entscheides hinzuwirken?
- Ist der Regierungsrat bei einer Ablehnung einer Wiedererwägung bereit, zusammen mit der Gemeindeexekutive die Bedürfnisse der Bevölkerung nach Sicherheit, Aufrechterhaltung des gewohnten Dorflebens und einem störungsfreien Aufenthalt der Asylsuchenden mittels entsprechenden, restriktiven flankierenden Massnahmen wie einem wirkungsvollen Sicherheits- und Betreuungskonzept zum Durchbruch zu verhelfen?

#### Begründung

Im Vorfeld der dringlich erklärten Revision bzw. Verschärfung des Asylgesetzes, haben sich Parteien und deren Exponenten zur Frage des Zwangs, dass Kantone und Gemeinden - ohne deren Zustimmung - Umnutzungen von Bundesbauten in Asylunterkünfte zu akzeptieren hätten, geäußert. Diese „Aushebelung“ der demokratischen Rechte der betroffenen BürgerIn-

Überrascht und irritiert darüber, dass der Bund bzw. das VBS die Unterkunft „ Kleine Schlie-  
re“ als Unterkunft ausgewählt hat, lehnt sowohl der Gemeinderat Alpnach wie auch der mut-  
masslich grossmehrheitliche Teil der Bevölkerung dieses Ansinnen aus folgenden Gründen ab:

- Die Truppenunterkunft bzw. vorgesehene Unterkunft für Asylsuchende steht inmitten von Quartieren, in unmittelbarer Nachbarschaft zum Schulareal, an der Peripherie des Dorfes und am Ausgangspunkt von sportlicher Aktivität wie Fitness, Joggen Wandern, etc.
- Aus den Erfahrungen bei anderen Unterkünften weiss man, dass eine zentrumsnahe Lage dieser Unterkünfte mit teilweise unerwünschten Begleiterscheinungen wie Kleinkriminalität, Drogenhandel und – vereinzelt – Übergriffen auf die persönliche Integrität Dritter verbunden sind.

**Aussagen sind Bedenken wegen -**

- **Integration:** Eine Integration – begünstigt durch die Dorfnähe – von Flüchtlingen, deren Asylgesuch später abgelehnt wird, ist nicht erwünscht. Befürchtet wird insbesondere die unerwünschte Kontaktaufnahme zu Teenagern.

- Hochwasser Kleine Schliere, Meisibach: Es werden Bedenken auch wegen Sicherheit der Flüchtlinge bei Unwettern erhoben. Diese beiden genannten Flüsse können zu gefährlichen, Hochwasser führenden, die Unterkunft gefährdenden Wildbächen mutieren (Geschehen im Jahre 2005). Im Unterschied zum Militärbetrieb würde bei Asylunterkünften keine „Wache geschoben“, die rechtzeitig Alarm schlage.

Urheber: Werni Birrer, SVP

Mitunterzeichnende:

Datum: 26.01.2013

Urheber: Werni Birrer, SVP

Mitunterzeichnende:

*[Handwritten signatures]*